

Aug 30.8.2021

AfD-Kreistagsfraktion Gießen • Postfach 100 123 • 35331 Gießen

An den Kreistagsvorsitzenden
Herrn
Claus Spandau
Riversplatz 1-9
35394 Gießen

Vorlage Nr.: 01921/2021
Mit Antrag
auf direkte
an den Kreistag
Ausschubberatung

Gießen, den 30. August 2021

**Antrag zur Kreistagssitzung am 27. September 2021,
„Bereitstellung von Finanzmitteln für die anstehende Mitfinanzierung der
Reaktivierung der Lumdatalbahn“**

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender,

die Fraktion der Alternative für Deutschland bittet Sie, in der Kreistagssitzung am 27. September 2021 folgenden Antrag zur Beschlussfassung zu bringen:

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreisausschuss wird gebeten, im Haushalt 2022 Vorkehrungen für eine finanzielle Beteiligung des Landkreises an der Reaktivierung der Lumdatalbahn zu treffen.

Begründung:

Es ist erklärter Wille dieses Kreistages, sich im Rahmen seiner rechtlichen Verpflichtungen und finanziellen Möglichkeiten an der Finanzierung der Lumdatalbahn-Reaktivierung zu beteiligen.

Die vergaberechtlichen Grundlagen für die dringend nötige Reaktivierung unserer Lumdatalbahn sind abgeschlossen. Der Rhein-Main-Verkehrsbund (RMV) hat die zu erbringende Verkehrsleistung zwischen Gießen und Londorf ausgeschrieben und nach entsprechendem Bieterwettbewerb an die Hessische Landesbahn (HLB) mit Betriebsaufnahme im Dezember 2022 (!) vergeben.

Die Mittel für den Betrieb zwischen Gießen und Londorf sind daher durch den RMV ab diesem Zeitpunkt für viele Jahre gesichert.

Die HLB hat daraufhin die für die Verkehrsleistung benötigten Triebzüge bei ALSTOM bestellt. Die Fahrzeuge sind im Bau, sie werden ab Herbst nächsten Jahres zur Verfügung stehen.

Das Gutachten, das den technischen Umfang und die hierfür benötigten finanziellen Mittel der Reaktivierung ermittelte, liegt seit längerem nicht nur diesem Kreistag, sondern auch den für die benötigten Zuschüsse zuständigen Stellen des Landes und des Bundes vor.

Wichtigste Aussage des Gutachtens ist in diesem Zusammenhang, dass die reine Bauzeit der Reaktivierung rund 15 Monate in Anspruch nehmen dürfte.

Daher muss unverzüglich gehandelt werden, um die zum Dezember 2022 geplante Inbetriebnahme möglichst zeitnah abzusichern.

Somit sollte der Kreistag jetzt deutlich machen, dass er 2022 – und ggf. auch 2023 – bereit steht, seinen Teil der Finanzierung zu leisten. Hierfür sind Mittel im Haushalt einzustellen! Dieses Zeichen sollte dann auch den Zuschussgebern in Wiesbaden und Berlin Ansporn sein!

Wir bitten, diesen Antrag auch in den betroffenen Ausschüssen zu beraten.

Mit freundlichen Grüßen



Karl Heinz Reitz
Vorsitzender der Fraktion